

Chef vom Dienst.
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 11. Dezember 1987

Blatt 2680

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Nach Hauseinsturz: Vor Weihnachten fast alle wieder zu Hause (2681)
- Ein „Alpentransit,, via Wiener Hafen? (2682)
- Sauna im Thaliabad vorübergehend gesperrt (2683)
- Svoboda neuer Vorsitzender des Finanzausschusses (2684)
- Schirmer: Keinesfalls gegen Liberalisierung, aber neue Arbeitsplätze nötig (2685)
- Käseproblem: Gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Marktamt (2686)
- Wiener Gemeinderat — Budgetdebatte (2687-2695)
- Wo es notwendig ist wird gestreut (nur FS)
- Schibetrieb auf der Hohen-Wand-Wiese noch nicht möglich (nur FS)

Bezirke:

- Konstituierung der Bezirksvertretungen (2681)

Sport:

- Baubeginn für Favoritner Schulungszentrum (2683)

Konstituierung der Bezirksvertretungen

Wien, 11.12. (RK-BEZIRKE) In den Bezirken Margareten, Alsergrund, Meidling und Währing finden am kommenden Montag, dem 14. Dezember, Sitzungen der Bezirksvertretungen statt, in denen die Konstituierung erfolgt. Die Bezirksvorsteher und deren beiden Stellvertreter werden gewählt, ebenso die Mitglieder der Kommissionen und Ausschüsse.

- Margareten: um 15 Uhr im Amtshaus 5, Schönbrunner Straße 54, Festsaal.
- Alsergrund: um 17 Uhr im Amtshaus 9, Währinger Straße 43, 1. Stock, Sitzungssaal.
- Meidling: um 16 Uhr im Amtshaus 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, Sitzungssaal.
- Währing: um 17.30 Uhr im Amtshaus 18, Martinstraße 100, 2. Stock, Sitzungssaal.

(Schluß) smo/rr

Nach Hauseinsturz: Vor Weihnachten fast alle wieder zu Hause

Büro für Sofortmaßnahmen half in der Schweglerstraße

Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das Büro für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien hat wieder einmal geholfen. Nach dem Hauseinsturz in der Schweglerstraße 20 können fast alle Mieter noch vor Weihnachten in die eigenen vier Wände zurückkehren. Eine Familie aus einer völlig zerstörten Wohnung, die alles verloren hat, erhält von der Stadt Wien eine Ersatzwohnung, und das Sozialamt hilft mit der notwendigsten Einrichtung. In den anderen Wohnungen sind die Instandsetzungsarbeiten, zu denen auch das Kamin-schleifen und die Reparatur der Installationen gehörte, so gut wie abgeschlossen. (Schluß) and/rr

Ein „Alpentransit“ via Wiener Hafen?

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Hafen prüft derzeit die Möglichkeit einer Entlastung Tirols vom Schwerverkehr durch einen „Alpentransit“ über die Donau via Wien und Bahn nach Norditalien bzw. Jugoslawien, erklärte der Direktor des Wiener Hafens, Sigmund KRÄMER, Donnerstag abend in einem Pressegespräch.

Die Brennerautobahn ist nicht zuletzt wegen der Gewichts- und Längenbeschränkung für LKW-Züge in der Schweiz so stark belastet. Die Eidgenossen zwingen alle Schwertransporte, die schwerer als 28 t oder länger als 18,32 m sind, zu einem Umweg, der meist über Österreich führt. Es könnte daher möglich sein, einen Teil der LKW mittels Ro-Ro-Schiffen auf der Donau nach Wien und von dort per Bahn in den Süden zu befördern.

Ro-Ro-Verkehr im Aufschwung

Der Ro-Ro-Verkehr, der dem Huckepackverkehr auf der Bahn entspricht, nimmt auf der Donau einen beachtlichen Aufschwung. Die bulgarische Linie wird ihre Katamarane auch nicht-bulgarischen Sattelschleppern öffnen. Im Frühjahr werden die ersten rumänischen Ro-Ro-Schiffe den Verkehr zwischen Konstanz und Wien aufnehmen. Ab Konstanz besteht eine tägliche Fährverbindung nach Istanbul. Ab Herbst 1988 soll eine Fährverbindung nach Trabzon eingerichtet werden, von wo eine wichtige Route nach Teheran führt.

Vor kurzem hat ein Autotransporter, der 300 PKW geladen hatte, den Hafen Bratislava angelaufen. Auf dem Rhein haben sich Autotransporter bestens bewährt, der Wiener Hafen bemüht sich seit geraumer Zeit, die Autoimporte auf die kürzere und kostengünstigere Donau-Route zu verlagern. (Forts. mögl.) wh/gg

Sauna im Thallabad vorübergehend gesperrt

Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das Russische Bad im Thaliabad im 16. Bezirk, Friedrich-Kaiser-Gasse 11, das eine einzigartige Einrichtung in ganz Mitteleuropa darstellt, muß voraussichtlich bis Jahresende gesperrt bleiben. Der Grund dafür ist ein Defekt bei der Brenner-Steuerung des Ofens im Steinschwitzbad. Die lange Betriebssperre muß deswegen erfolgen, weil es sich um eine spezielle Einzelanfertigung handelt. (Schluß) du/bs

Baubeginn für Favoritner Schulungszentrum

Wien, 11.12. (RK-SPORT) Heute, Freitag, nahm Wiens Sportstadtrat Helmut BRAUN den Spatenstich zum Baubeginn des Schulungs- und Sportzentrums des Wiener Fußballverbandes vor, das als weitere Ausbaustufe des Horr-Stadions errichtet wird. Insgesamt ist für die erste Ausbaustufe, die innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein wird, ein Betrag von rund 20 Millionen Schilling erforderlich, den der Wiener Fußballverband aus Eigenmitteln aufbringt.

Sportstadtrat Helmut BRAUN wies auf die große Bedeutung dieses Schulungszentrums hin, das, wie er meinte, eine ideale Verbindung zwischen Breiten- und Spitzensport darstellt. „Ich gratuliere dem Wiener Fußballverband zu dieser Initiative“, meinte Braun.

WFV-Präsident Othmar LUCZENSKY dankte für die stete Unterstützung der Stadt. (Schluß) hof/rr

Svoboda neuer Vorsitzender des Finanzausschusses

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) wurde Freitag zum neuen Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind die Gemeinderäte Robert FREITAG (SPÖ) und Dr. Günther GOLLER (ÖVP). (Schluß) sei/rr

Schirmer: Keinesfalls gegen Liberalisierung, aber neue Arbeitsplätze nötig

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Ich habe mich in meiner heutigen Rede vor dem Wiener Gemeinderat keinesfalls gegen eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen, sondern im Gegenteil an die Interessensvertretungen des Handels und an die Gewerkschaft appelliert, sich zusammzusetzen, und habe dabei mein Ressort bzw. mich als Koordinatorin angeboten, um für alle zu einer akzeptablen Lösung zu kommen. Sehr wohl habe ich aber darauf hingewiesen, daß man sich fragen muß, ob die Erfüllung von Bedürfnissen der einen Gruppe, nämlich der Konsumenten, zu Lasten der anderen, der Handelsangestellten, gehen muß. Wenn die ins Ausland wandernde Kaufkraft der Österreicher im Inland bleiben soll, und eine Veränderung der Ladenschlußzeiten dazu beiträgt, müßten diese Millionen auch gerecht auf die Handelsangestellten sozusagen aufgeteilt werden — statt einer zusätzlichen Belastung für die Handelsangestellten sollten besser mehr Arbeitsplätze geschaffen werden“, betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des ÖVP-Gemeinderates Komm.-Rat Walter Nettig.

Schon allein als Stadträtin für Konsumentenschutz muß ich ja im Interesse des Konsumenten für flexiblere Öffnungszeiten sein. Und daß mir die Konsumenten am Herzen liegen, habe ich ja mit meinem Vorhaben zur Nahversorgung (z.B. fliegende Händler) und dem Wunsch, daß die Unternehmer und Gewerbetreibenden auch hier kundenfreundliches Service und kundenfreundlichere Öffnungszeiten anbieten mögen, dokumentiert. Zusätzlich habe ich Unternehmer und Gewerbe aufgefordert, sich gemeinsam mit uns Aktionen zu überlegen, um österreichische Waren und Qualität für Konsumenten attraktiver zu machen. Viele Menschen fahren ja nicht allein der Öffnungszeiten wegen ins Ausland, sondern auch, weil sie glauben, dort besser und billiger einkaufen zu können“, sagte Schirmer.

Schirmer wies auch darauf hin, daß Wien am internationalen Trend — gerade als Fremdenverkehrsstadt — nicht vorbeigehen dürfe und könne, was die Frage flexiblerer Öffnungszeiten betrifft, daß hier aber auch Aktivitäten der Unternehmer erforderlich seien: So sei es für den Gast und den Wiener Konsumenten oft unverständlich, daß zum Beispiel Gasthäuser und Restaurants, die ja am Wochenende offen haben könnten, gerade Samstag oder Sonntag geschlossen sind. Keinesfalls habe sich die SPÖ-Fraktion gegen jede Liberalisierung ausgesprochen — Nettig konstruiere hier grundlos eine Desavouierung —, doch müsse eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden. Bürgermeister Dr. Helmut Zilk mußte daher, im Gegensatz zu Nettigs Behauptungen, weder gestern noch heute zur Kenntnis nehmen, daß sich die SPÖ-Gemeinderatsfraktion gegen jede Liberalisierung sträubt; ich habe im Gegenteil in meiner Rede auch betont, daß man für alle zu einer akzeptablen Lösung kommen möge, so wie dies der Bürgermeister schon angekündigt hat. Allerdings hat Gemeinderat Nettig offensichtlich vieles nicht verstanden — wie aus seiner Aussendung hervorgeht, scheint er ja meine Antrittsrede als Stadträtin auch auf den gestrigen Tag rückverlegt zu haben“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/rr

Käseproblem: Gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Marktamt

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsministerium und Marktamt der Stadt Wien konnten in den letzten Tagen in Wien drei Käsesorten, bei denen die Proben des Marktamtes Listerienbefall ergaben, aus dem Verkehr gezogen werden. Bei einer vierten Sorte, die auf einer Schweizer Liste steht, wurden heute, Freitag, ebenfalls Proben genommen und der Käse, der in einem Spezialitätengeschäft geführt wurde, ebenfalls eingezogen.

„Die Wiener Konsumenten können sicher sein, daß die Kontrollen genau, rasch und gründlich durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch den Importeuren und dem Großhandel danken, die freiwillig für die rasche Rückholung der betreffenden Käsesorten gesorgt haben“, betonte Konsumentenstadtrat Christine SCHIRMER dazu Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Bei den bisher aus dem Verkehr gezogenen Sorten in Wien handelt es sich um die Sorten Belle Bressone, Bresse bleue und Stangenkäse aus Wolfpassing (Pikano). Heute wurden Proben der Schweizer Sorte Arenbergerkäse gezogen, und dieser Käse vorbeugend ebenfalls bereits entfernt. (Schluß) hrs/rr

Wiener Gemeinderat

Budgetdebatte – Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Freitag die Budgetverhandlungen mit der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst fort.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) stellte sich als selbständige Unternehmerin vor und nahm aus dieser Sicht zu den Ladenöffnungszeiten Stellung. Der Ladenschluß wurde von der Gewerkschaft, so Kariotis, in den letzten Jahren zu einem Konflikt Unternehmer – Handelsangestellte umfunktioniert. Durch flexiblere Ladenöffnungszeiten dürfe es auf keinen Fall zu einer Schlechterstellung der Handelsangestellten kommen. Sie sehe aber die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaft darin, für humane und sichere Arbeitsplätze zu kämpfen und nicht darin, durch den jetzigen Kampf gegen flexiblere Ladenöffnungszeiten den Wünschen und Bedürfnissen der Konsumenten entgegenzuarbeiten. Die Rednerin verwies auf die große Zahl von Wien-Touristen, die an Samstagnachmittagen vor verschlossenen Rollbalken stehen, wodurch wertvolle Devisen verlorengehen.

Abschließend stellte Kariotis die Frage, was unter dem Aufgabenbereich „Frauenfragen“ zu verstehen sei, da im Voranschlag keine derartigen Budgetposten zu finden seien.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) bezeichnete als wesentliche Probleme der Wiener Landwirtschaft die geringe Betriebsfläche, die Flächenverluste und die oft jahrelange Unsicherheit über den Weiterbestand des Betriebes bei geplanten neuen Flächennutzungen. Für die Frauen in der Landwirtschaft komme dazu noch die Doppelbelastung am Arbeitsplatz und in der Familie. Davon abgesehen habe jedoch die Wiener Landwirtschaft angesichts eines großen Absatzgebietes und günstiger Produktionsbedingungen viele Chancen. Nachteilig wirken sich für sie die „Kofferraum-Importe“ aus, die vielfach qualitativ geringwertiger sind als die in Wien hergestellten Produkte. Bedenklich sei die Tatsache, daß beim Donauraum-Wettbewerb ein Teilnehmer mit einem Sonderpreis ausgezeichnet wurde, der die Absiedlung von Simmeringer Gärtnern vorgeschlagen hatte. Der ÖVP sei jedoch der Schutz der Gärtner ein Anliegen. Als nachteilig bezeichnete Rosemarie Wallner Straßenrückbauten in Stadtteilen nördlich der Donau, die dazu führen, daß diese Verkehrswege von Bauern mit überbreiten Fahrzeugen nicht mehr benützt werden können. Weite Umwege müssen deshalb in Kauf genommen werden.

GR. JANK (SPÖ) betonte zur Ladenschlußdiskussion, es müsse sachlich und zielstrebig weiter verhandelt werden, damit für die Beschäftigten, die Arbeitgeber und die Konsumenten eine akzeptable Lösung gefunden werden könne. Jank verwies darauf, daß drei Viertel der Gewerbetreibenden die derzeitigen Öffnungszeiten nicht ausnützen. Er sprach sich für eine gewerberechtliche Vereinheitlichung aus; es sei schon merkwürdig, daß bei Preistreibern nur ein Verwaltungsstrafverfahren drohe, während bei Preisunterschreitungen strafrechtliche Bestimmungen gelten.

Konsumenten hätten ein Recht auf einwandfreie Produkte. Konsumentenschutz und Umweltschutz bilden heute bereits eine Einheit, die Bürger sind mündiger geworden, sie sind kritische Käufer. In diesem Sinn würdigte GR. Jank die Arbeit der Lebensmittelkontrolle. In einem ANTRAG forderte der Redner den Wiener Stadtsenat auf, sich beim Bund für ein Einfuhr- und Verkaufsverbot für Spraydosen und PVC-hältige Kunststoffgebinde sowie für die Wiedereinführung von Mehrwegpfandflaschen einzusetzen.

StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) skizzierte die Vorhaben ihres Ressorts, das eine Fülle von Aufgaben beinhalte und Ausdruck einer bevölkerungs-

nahen Politik der Stadt Wien sei. Schirmer wies auf die Verdienste von StR. SEIDL hin und betonte, daß sie auf verschiedenen Gebieten auf die Ergebnisse der Arbeit von StR. Seidl aufbauen könne.

Im Bereich des Konsumentenschutzes wies Schirmer auf das gute Lebensmittelschutzgesetz in Wien und die Zusammenarbeit der Wiener Gärtner hin. Als besondere Anliegen nannte sie die Nahversorgung in Stadtrandgebieten, Information und Alternativangebote im Bereich unnötiger Verpackungen und umweltschädlicher Spraydosen, Preis- und Qualitätskontrollen bei Biowaren und den Ankauf umweltfreundlicher Produkte auch im zentralen Einkauf der Stadt Wien. Für die Frauen will Schirmer eine Frauenservicestelle im Stadtratsbüro einrichten, die Hilfe für Frauengruppen ausbauen und generell den Frauen die Möglichkeit geben, noch mehr als bisher an der Gestaltung der Stadt und der Gesellschaft teilzuhaben.

Den Zugang zum Recht für alle Menschen nannte Schirmer als wichtiges demokratisches Anliegen. Hier gelte es, durch Rechtsbereinigung sowie Überprüfung und Vereinheitlichung von Gesetzestexten Erleichterung zu schaffen. Weiters sei die Verleihung von Staatsbürgerschaften zu entbürokratisieren und die Einbeziehung von Gastarbeiterkindern als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Bürgerdienst soll weiter ausgebaut und darüber hinaus auch zu einer Anlaufstelle für gesellschaftlich wichtige Aktivitäten werden.

Zur Ladenschlußfrage sagte Schirmer schließlich, daß längere Öffnungszeiten eben auch eine Belastung der Handelsangestellten — 70 Prozent davon sind Frauen — darstellen. Sie sei dafür, daß hier in Absprache aller Beteiligten ein gemeinsamer Weg gefunden werde, wobei jedoch auch für die Handelsangestellten eine Partizipation an eventuellen Umsatzsteigerungen möglich sein müsse.

Budgetdebatte – Gesundheits- und Spitalswesen

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) meinte, daß die notfallsmedizinische Versorgung zu verbessern sei, da unsachgemäße Betreuung oftmals zu Todesfällen beim Transport in das Krankenhaus führe. Landauer verlangte Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Ausbildung der Notärzte und des Rettungsdienstes. Die Überlastung des Pflegepersonals sollte durch den Einsatz von Turnusärzten in der städtischen Krankenpflege verbessert werden. GR. Landauer brachte einen entsprechenden ANTRAG ein. Abschließend erklärte sie, daß im Gesundheitswesen mehr Eigenleistung der Patienten sowie mehr Sparsamkeit bei der technischen und personellen Ausstattung der Krankenanstalten notwendig sei.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) stellte fest, daß er als Arzt zu viele Menschen sinnlos habe sterben sehen, obwohl es so viele Gesundheitsaktionen der Stadt Wien gibt. Es müsse viel mehr Geld für eine entsprechende Informationsarbeit aufgewendet werden, wie das Beispiel der AIDS-Aufklärung beweise. Weder die Raucherberatung, noch die Kinderlähmungsschluckimpfung, die Zeckenimpfung oder die Krebsuntersuchungen werden ausreichend in Anspruch genommen. Mit Dr. Kurt STEYRER (SPÖ) sei zwar ein Pionier der Vorsorgemedizin im Gemeinderat vertreten, dennoch sei dieses Programm von den Krankenkassen „abgedreht“ worden. Das Wiener Programm der Vorsorgeuntersuchungen habe zwar 1987 die Zahl der Untersuchten auf 8.900 deutlich steigen lassen, dennoch sei dies kein Grund zum Jubeln. Das Gesundheitsamt sollte ein Zentrum der Vorsorgemedizin sein. Der hohe Abgang der Spitäler könnte um ein Viertel durch häusliche Betreuung verringert werden. Zahlreiche Modelle der Praxis hätten sich bewährt. Abschließend stellte Dr. Rasinger fest, daß das Rettungswesen und die Notfallsausbildung in Wien international vorbildlich sei und dieser richtige Weg weitergegangen werden muß.

Forts. von Blatt 2687

Forts. auf Blatt 2689

Die Diskussionen im Bereich der Gesundheitspolitik waren in letzter Zeit vom verstärkten Finanzbedarf geprägt, erklärte GR. Ilse FORSTER (SPÖ). Die Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage zur Sozialversicherung bezeichnete Forster in diesem Zusammenhang als sozial ausgewogener als den Kostenbeitrag von 50 Schilling. Die Gründe für die Kostensteigerung im Gesundheitsbereich liegen in Wien darin, daß ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sei, und die Verweildauer in den Krankenhäusern gesenkt wurde. Die Verweildauer betrage zur Zeit 11,2 Tage. Auch die medizinischen Spitzenleistungen und die dadurch bedingte modernste Technologie, die in den Wiener Spitälern eingesetzt wird, verursachen höhere Kosten.

Wien sei das einzige Bundesland, das über eine öffentlich aufliegende Wartelisten für Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, verfüge. Derzeit stehen rund 2.500 Jungärzte auf dieser Liste. Die SPÖ verfolge mit großer Sorge die steigende Zahl der „arbeitslosen Jungärzte“. Forster stellte den ANTRAG, mit den zuständigen Ministerien Verhandlungen aufzunehmen, damit auch in den übrigen Bundesländern mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Der Antrag beinhaltet weiters die Forderung, Lehrpraxen zu schaffen und die Überprüfung der Möglichkeit, in welcher Form Jungärzte während der Wartezeit für Forschungszwecke eingesetzt werden könnten, sowie die Schaffung einer gesamtösterreichischen Vormerkliste.

Die Diskussion über die Gesundheitspolitik sei nicht allein eine Finanzierungsfrage, stellte StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) in seinem Schlußwort fest. Es gehe zunächst darum, zu erreichen, daß der gesunde Mensch gesund bleibt und daß der Kranke bald gesund wird. Und nun müsse man eine Vision entwickeln, was alles im Gesundheitsbereich notwendig sei, um dann zu fragen, was es kostet und wie es realisiert werden kann. Das Wiener Modell der Vorsorgeuntersuchung habe sich bewährt, und er setze große Hoffnungen in das neu gegründete Institut für Umweltmedizin. Zur Forderung, die Psychohygiene zu verstärken, meinte der Stadtrat, es sei nicht nötig, eine eigene Abteilung zu errichten, die Psychosomatik solle viel stärker in die Medizinische Schule einbezogen werden.

Der Zielplan für die Krankenanstalten sieht eine dreistufige Versorgung vor. Die erste Anlaufstelle sind die Ärzte, in zweiter Linie steht die medizinische Versorgung in den Ambulanzen und Ambulatorien, und erst dann sollte die Einweisung in das Krankenhaus erfolgen. Aber auch die soziale Versorgung gehört dazu. Die niedergelassenen praktischen Ärzte sollen die Drehscheibe für die medizinische Versorgung sein. Von hier wird der Patient zu den Fachärzten, in die Ambulatorien oder in die Krankenanstalten überwiesen. Die zweite Drehscheibe der Versorgung sind die sozialen Stützpunkte. Sie verfügen über die Einrichtungen der mobilen Schwestern und der verschiedenen Sozialen Dienste. Beide Drehscheiben müßten einen engen Kontakt haben. Damit sei die medizinische und soziale Betreuung der Patienten zu bewältigen.

In der neuen Legislaturperiode wird es bedeutende Veränderungen in der regionalen Versorgung geben. Der erste Teil des SMZ-Ost mit 550 Betten wird in Betrieb gehen, das neue AKH wird teilweise den Betrieb aufnehmen. In diesem Zusammenhang bat Stacher alle Fraktionen des Gemeinderates um Zusammenarbeit bei der Regelung der lokalen Bettenversorgung. Es werde nämlich nötig sein, im Westen der Stadt Abteilungen zu sperren oder in Pflegeabteilungen umzuwandeln.

Schlußwort Mayr - Abstimmung über Budget

In seinem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ), seine Empfehlung, die SPÖ-Anträge anzunehmen, jedoch jene von ÖVP und FPÖ zuzuweisen oder abzulehnen, sei dadurch begründet, daß mit den SPÖ-Anträgen Ersuchen an den Stadtsenat verbunden seien, in ver-

Forts. von Blatt 2688

Forts. auf Blatt 2690

schiedenen Materien bundeseinheitliche Regelungen herbeizuführen.

- Der Voranschlag 1988 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
- Die ÖVP-Anträge betreffend Beteiligungskommission und Tieflegung des Gürtels beim Westbahnhof wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die übrigen Anträge von ÖVP und FPÖ wurden einstimmig Ausschüssen zugewiesen. Die SPÖ-Anträge wurden einstimmig angenommen.
- Die zum Budget eingebrachten „Erinnerungen“ wurde einstimmig zugewiesen.
- Die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.
- Der Finanz- und Investitionsplan 1988 — 1992 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.
- Die Wertgrenzenfeststellung fand einhellige Zustimmung.

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

StR. HATZL nannte als Kennzeichen des Wirtschaftsplans der Stadtwerke 1988 hohe Investitionen, wichtige Umweltschutzmaßnahmen, eine aktive Konsumentenpolitik, aber auch Belastungen für die Unternehmen durch die Aufhebung der Vermögenssteuerbefreiung und eine hohe Unsicherheit der Energieeinstandspreise.

Hatzl verwies auf die Arbeit der letzten Jahre, die unter anderem durch Investitionen von 12,5 Milliarden bei den E-Werken, Gaswerken und Heizwerken gekennzeichnet war. In allen diesen Bereichen wurde die Infrastruktur wesentlich verbessert und die abgegebene Energiemenge erhöht. Durch vielfache Umstellungen auf Gas- und Fernwärmeheizungen sowie durch gezielte Umweltinvestitionen konnte eine wesentliche Umweltverbesserung erreicht werden. Die Verbesserung der Gas- und Stromverrechnung führte Hatzl als eines einer Reihe von Kriterien für die gestiegene Kundendienstfreundlichkeit bei den Stadtwerken an. Bei den Verkehrsbetrieben gelang — auch durch wichtige Investitionen im Oberflächenverkehr — eine Steigerung der Fahrgastfrequenz auf 600 Millionen im Jahr.

Für das Jahr 1988 nannte Hatzl bei vorsichtiger Berechnung der Energieeinstandspreise einen Gesamtverlust der Wiener Stadtwerke von 334 Millionen, resultierend aus Verlusten der Verkehrsbetriebe von 520 Millionen und Gewinnen der E-Werke von 182 Millionen, der Gaswerke von drei Millionen und der Bestattung von einer halben Million. Hatzl wies darauf hin, daß bei den Berechnungen die Konsumentenpreise trotz der Unsicherheit der Energieeinstandspreise als gleichbleibend angenommen wurden. Dem finanziellen Beitrag der Hoheitsverwaltung für die Verkehrsbetriebe in der Höhe von 3,5 Milliarden Schilling sei es zu danken, daß das Angebot auf diesem Gebiet weiter verbessert werden könne. Für den Finanzplan der Wiener Stadtwerke nannte Hatzl einen Geldbedarf von 23,85 Milliarden Schilling und eine Geldbedeckung von 22,06 Milliarden Schilling und somit einen Fehlbetrag von rund 1,78 Milliarden Schilling. Bei einer Sperre im Investitionsplan von rund 390 Millionen Schilling sei ein Betrag von 1,39 Milliarden mit Fremdmittel zu bedecken.

Für die kommende Geschäftsperiode des Gemeinderates kündigte Hatzl weitere Investitionen im Dienste der Energieversorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und damit auch konsumentenfreundlicher Tarife sowie des Umweltschutzes an. Bei den Verkehrsbetrieben sind wichtige Erweiterungen des U-Bahn-Netzes mit der Eröffnung der U 6 von Heiligenstadt bis Philadelphiabrücke 1989 und der U 3 von Erdberg bis Volkstheater 1991 und der raschen Weiterführung dieser Linien nach Siebenhirten beziehungsweise Ottakring zu erwarten. Mit dem Bund sei über eine Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf und der U 3 nach Simmering zu verhandeln.

Forts. von Blatt 2689

Forts. auf Blatt 2691

GR. ZEIHSEL (FPÖ) forderte verstärkte Beschleunigungsmaßnahmen für Straßenbahn und Busse in den nächsten Jahren. Zur geplanten Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes stellte der Redner fest, daß die Gebrauchsabgabe von 3 auf 6 Prozent erhöht werde. Wenn dieser Betrag von den Wiener Stadtwerken nun in doppelter Höhe zu leisten sei, müsse befürchtet werden, daß die Wiener Stadtwerke ihre Tarife erhöhen.

GR. STRATIL (ÖVP) sagte, daß er namens der ÖVP den Wirtschaftsplan der Stadtwerke ablehne. Die notwendige Transparenz werde vernachlässigt. Der veranschlagte hohe Verlust werde vermutlich nicht der Realität entsprechen, weil die Stadtwerke in den letzten Jahren zumeist Gewinne gemacht haben. Die ÖVP anerkenne zwar die Leistungen der Wiener Stadtwerke, sie kritisiere aber die Personalpolitik. Mit 1,2 Milliarden Schilling werde für die Überstunden der Bediensteten der Stadtwerke ebensoviel ausgegeben wie für alle anderen Magistratsbediensteten zusammen. Mit einer Arbeitszeitverkürzung könne sich diese Situation nur verschärfen. Außerdem seien keine Rationalisierungsmaßnahmen erkennbar. Im fünfjährigen Investitionsplan seien keine Perspektiven feststellbar, wohl aber ein Verlust von 2,72 Milliarden Schilling für 1992 zu erwarten. GR. Stratil brachte einen ANTRAG ein, mit dem die ÖVP eine Strompreissenkung verlangt. Ein zweiter ANTRAG soll eine Studie zur Erarbeitung eines konsumentenfreundlichen Grundpreises zur Folge haben.

GR. Eleonora HOSTASCH (SPÖ) widersprach energisch den Vorwürfen von GR. Stratil (ÖVP), daß der Wirtschaftsplan nicht korrekte Zahlen aufweise. Der Wirtschaftsplan sei entsprechend den Statuten, die vom Gemeinderat beschlossen wurden, erarbeitet. Eine Analyse dieses Wirtschaftsplanes zeige, daß die Verantwortlichen sehr kostenbewußt agieren. Die Wiener Stadtwerke sind das größte kommunale Unternehmen Österreichs und haben in den letzten vier Jahren insgesamt 15 Milliarden Schilling investiert. Damit wurden wesentliche Impulse für die Gesamtwirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Umwelt gesetzt. Die konsequente Umweltpolitik der E-Werke und der Gaswerke werde fortgesetzt. Trotz der Unsicherheit bei den Energieeinstandspreisen konnte die ursprünglich mit Ende dieses Jahres befristete Tarifsenkung bis Ende Juni des kommenden Jahres verlängert werden. Auch die Heizbetriebe Wien investieren viel in den Umweltschutz. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen sei es das beste, die zerstörte Müllverbrennungsanlage Spittelau wieder an Ort und Stelle zu errichten. Sie wird mit der neuesten Umwelttechnologie ausgerüstet und wird voraussichtlich in ein- bis eineinhalb Jahren wieder in Betrieb genommen.

In seinem Schlußwort erklärte StR. Hatzl, bei Strom, Gas und Fernwärme sei es innerhalb weniger Jahre zu spürbaren Preissenkungen gekommen. Hatzl verwies auf die Schwierigkeiten, angesichts steigender Steuer- und Personalkostenbelastungen diese Tarife zu ermöglichen.

Es gebe keine Kritik des Rechnungshofes an den Wiener Stadtwerken, diese verfolgen aber mit Interesse die Berichte in anderen Bereichen. Grundsätzlich seien jedoch Rechnungshofberichte als Meinungsäußerungen zu betrachten, aus denen Schlüsse zu ziehen sind, sie seien jedoch sicher nicht unfehlbar.

Der Personalaufwand ist wohl bei den E-Werken gestiegen, sagte Hatzl, bei Gaswerken und Verkehrsbetrieben aber um jeweils ein Viertel gesunken. Überstunden seien nicht „an den Schreibtischen“ festzustellen, sondern beispielsweise im Fahrdienst oder im Bereich des Rohrnetzes und auch durch die Beschäftigung zusätzlichen Personals nicht zu vermeiden.

Wenn darauf hingewiesen werde, daß die NEWAG „ihren“ Strom billiger erzeugt, dürfe man nicht übersehen, daß dies mit Hilfe von Kohle geschieht. Und dies sei im Wiener Stadtgebiet sicher nicht wünschenswert. Im kommenden Jahr soll ein neues Tarifsysteem entwickelt werden, wobei spar-

Forts. von Blatt 2690

Forts. auf Blatt 2692

same Energiebezieher belohnt werden sollen. Das Wirtschaftsvolumen der Wiener Stadtwerke liege bei 21 Milliarden Schilling. Die Fehlerquelle zwischen Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß liege lediglich bei einem bis eineinhalb Prozent, und jeder andere Unternehmer könnte auf eine solche Präzision stolz sein.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der ÖVP-Antrag bezüglich eines konsumentenfreundlichen Grundpreises für Strom wurde zugewiesen, ein weiterer ÖVP-Antrag, den Wiener Strompreis analog jenem in Niederösterreich zu kalkulieren, wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Budgetdebatte - Gebührenerhöhungen

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Wassergebühren um 7,84 Prozent sowie die Erhöhung der Gebühren für die Müllabfuhr und der Kanalgebühren um jeweils 15 Prozent. Mayr wies auf die zusätzlichen Kosten für die flächendeckende getrennte Müllsammlung und auf die Notwendigkeit der Vorsorge für eine geordnete Ver- und Entsorgung hin. Insgesamt sind die Mehreinnahmen durch die erhöhten Gebühren auf 403 Millionen Schilling zu beziffern. Diese Summe ist jedoch aufgrund des Ausgabenrahmens in allen drei Bereichen notwendig.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, daß die Gebühren für die Müllabfuhr innerhalb eines Jahres um 30 Prozent und die für das Wasser im selben Zeitraum um 12 Prozent gestiegen sind. Kabas zweifelte die Kalkulationsunterlagen für die Erhöhung an. Verschiedene Posten seien zu Unrecht eingerechnet worden. Darüber hinaus habe StR. Braun angekündigt, die getrennte Müllsammlung bei gleichbleibenden Müllgebühren durchzuführen.

GR. DALLER (ÖVP) wandte sich gegen die Einbeziehung kalkulatorischer Kosten wie Wertabschreibung und Zinsen in die Errechnung der Müll-, Wasser- und Kanalgebühren. Nach Berechnung der ÖVP werde sich der Finanzstadtrat aufgrund der geplanten Erhöhungen einen Gewinn von 200 Millionen für das Gemeindebudget aus diesen drei Positionen holen. Das könne die ÖVP nur ablehnen.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) stellte fest, daß Gebührenerhöhungen niemandem Vergnügen bereiten, aber aus der Notwendigkeit einer betriebswirtschaftlichen Führung der Ver- und Entsorgung notwendig sind, damit entsprechende Reparaturen und Investitionen erfolgen können.

Die Notwendigkeit der Mülltrennung ist unbestritten, weil die Deponiemöglichkeiten beschränkt sind. Mülltrennung kostet durch die Anschaffung der Müllbehälter und durch ein Abholssystem mehr, reduziert aber den Müll um 20 bis 25 Prozent.

Zu den angeblich hohen Wiener Wassergebühren nannte Riedler die Wassergebühren einiger deutscher Städte zum Vergleich. Gelsenkirchen, wo die Wasserversorgung durch ein Privatunternehmen erfolgt, nimmt dabei mit 22 Schilling pro Kubikmeter den Spitzenplatz ein und hat damit einen doppelt so hohen Wasserpreis als Wien. Die Wiener Bevölkerung hingegen bekomme für 11 Schilling pro Kubikmeter ausgezeichnetes Hochquellenwasser. Bei einem täglichen Wasserverbrauch von 130 Liter pro Haushalt bedeutet das, daß ein Wiener Haushalt für seinen täglichen Verbrauch 1,43 Schilling aufwendet, was etwa dem Preis einer Zigarette entspricht.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß er sich zu den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit bekenne. Dies müsse auch für ein gemeindeeigenes Unternehmen Geltung haben.

ABSTIMMUNG: Die Gebührenerhöhungen wurden mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Forts. von Blatt 2691

Forts. auf Blatt 2693

Neuregelung der Pensionslasten der Stadtwerke

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte eine Neuregelung der Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung. Ab 1. Jänner 1988 wird die Stadt Wien lediglich die Pensionslasten der Verkehrsbetriebe tragen, während die E-Werke und die Gaswerke die Pensionslasten selbst tragen. Die E-Werke und die Gaswerke haben bereits im Rechnungsabschluß 1987 eine entsprechende Pensionsrückstellung zu bilden. Die Verkehrsbetriebe haben der Stadt Wien einen Dienstgeberpensionsbeitrag von 20 Prozent der Aktivbezüge ihrer Bediensteten zu leisten. Die Pensionsbeiträge der aktiv Bediensteten bei den Verkehrsbetrieben fließen der Stadt Wien zu.

Mayr erklärte, daß die bisherige Regelung, die seit 1970 gilt, deshalb zu Diskussionen geführt habe, weil nicht sehr einfach ersichtlich war, welche Leistungen weitergegeben wurden. Die Neuregelung solle für mehr Klarheit sorgen.

GR. STRATIL (ÖVP) lehnte seitens seiner Fraktion die Neuregelung ab. Das vorliegende Geschäftsstück beweise, daß die Strom- und Gaspreise zu hoch waren und deshalb seit Jahren gewinnmindernde Rücklagen gebildet werden mußten. Die neue Pensionsregelung diene lediglich dem Abbau zu hoher Rücklagen. Schon 1986 hätten die Rücklagen und Rückstellungen 90 Prozent des Jahresumsatzes erreicht. Es sei zu befürchten, daß die neue Regelung Vorschub für künftige Tarifierhöhungen leisten könnte.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) verwies darauf, daß sich im nächsten halben Jahr der Strom- und Gaspreis nicht ändern werde. Ziel der Regelung 1970 war eine Verbesserung der Situation der Stadtwerke. Die E-Werke und die Gaswerke werden nun künftig ihre Pensionslasten selbst tragen, nur bei den Verkehrsbetrieben sei weiterhin eine Übernahme der Pensionslasten durch die Stadt notwendig.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte abschließend fest, daß durch die Neuregelung die Transparenz erhöht werde, ohne daß wirtschaftliche Auswirkungen zu erwarten sind. Es handle sich lediglich um eine verrechnungstechnische Änderung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Sachkrediterhöhung Praterstadion

GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die Sanierung des Wiener Praterstadions von 418 Millionen auf 592 Millionen Schilling.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach von einer ungeheuren Kostensteigerung. Jeder kleine Häuselbauer müsse vor Baubeginn auch die Kosten planen. Auch das nachträgliche Sicherheitspaket könne diese Steigerungsrate nicht rechtfertigen. Es sind Kosten eingetreten, die in dieser Höhe und wegen der mangelhaften Kalkulation nicht gebilligt werden können.

Unsere damaligen Bedenken haben sich nun als richtig gezeigt, betonte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP). Bereits 1984 habe er einen Betrag von rund 600 Millionen für die Sanierung des Stadions prognostiziert. Mit diesem Geld hätte man auch ein neues Stadion errichten können. Die Kostenschätzung war offensichtlich dilettantisch. Der verantwortliche Ziviltechniker habe eine totale Fehleinschätzung zu verantworten. Unregelmäßigkeiten vermutete der Redner auch bei der Vergabe des Bauauftrages. Das Kontrollamt solle zusätzlich zu der Überprüfung der Kostensteigerungen auch die Vergabe des Bauauftrages sowie die Berechtigung der Honoraranteile des Ziviltechnikers überprüfen.

Forts. von Blatt 2692

Forts. auf Blatt 2694

GR. BRIX (SPÖ) wandte sich dagegen, das Wiener Praterstadion in der Öffentlichkeit „mies zu machen“. Es stimme, daß mehr Geld für die Sanierung benötigt wurde, aber für diesen Betrag wurde auch etwas geleistet. Das Stadion erfüllt jetzt eine multifunktionale Aufgabe, dient dem Spitzensport, dem Breitensport und wird auch für Open-Airs verwendet. Ein Abbruch und Neubau hätte doppelt so viel gekostet wie die Sanierung. Brix begrüßte es, daß das Kontrollamt mit einer Prüfung der Kostensteigerung befaßt wird.

In seinem Schlußwort betonte GR. BROSCH (SPÖ), daß das Sicherheitspaket keine ökonomische Frage sei. Leider werde Sicherheit heute immer teurer, man dürfe aber nicht von Fehlleistungen sprechen. Zu den Ausführungen von GR. Mandahus sagte Brosch, der ÖVP-Mandatar hätte den Kontrollamtsbericht abwarten sollen und nicht Verdächtigungen aussprechen sollen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Wettbewerb Donauraum Wien

GR. HAAS (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung von 9,9 Millionen Schilling für den Wettbewerb Donauraum Wien.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, seine Fraktion stehe der urbanen Entwicklung des Donauraums positiv gegenüber. Ziel sei es, die Stadtteile beiderseits der Donau zu einem Ganzen zu verbinden. Er machte jedoch auf beginnenden Zeitdruck aufmerksam, denn vor den möglicherweise irreversiblen Entscheidungen seien umfassende Informationen notwendig.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) vertrat die Ansicht, wenn eine neuestädtebauliche Chance wahrgenommen werden soll, sei dafür keine Summe zu hoch. Man hätte den Wettbewerb jedoch sorgfältig vorbereiten müssen, und es fehlten auch klare politische Zielvorgaben. Nach Meinung der ÖVP hätte der Wettbewerb zweistufig in der Weise abgewickelt werden sollen, daß in der ersten Phase die Grundsätze festzulegen gewesen wären, während der zweite Schritt die Konkretisierung hätte bringen müssen. Allerdings sind nun bereits so viele fachliche Informationen gesammelt worden, daß eine emotionsfreie Diskussion geführt werden kann. Im Interesse Wiens sei die ÖVP bereit, an diesem Wettbewerb mitzuarbeiten.

GR. SEVCIK (SPÖ) erklärte, man müsse im Donauraum den großen Zusammenhang im Auge behalten. Unter diesem Gesichtspunkt könne auch eine weitere Erhöhung des Sachkredits nicht ausgeschlossen werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Budgetdebatte – Einstellung der Förderung für den Dachbodenausbau

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Einstellung der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke mit Jahresende.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erklärte, daß mit dieser Aktion jährlich 30 Dachböden ausgebaut wurden. Die Stadt Wien habe diese Aktion kaum genutzt, obwohl eine eigene Studie ergab, daß die Hälfte der städtischen Althäuser im 1. Bezirk für derartige Ausbauten geeignet sei. Die Aktion sei zugegebenermaßen eine Förderung elitärer Wohnformen, aber die ersatzlose Streichung ohne Überlegungen, wie es weitergehen könnte, sei abzulehnen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte fest, daß die Aktion 1988 in der Neuregelung der Wohnbauförderung berücksichtigt werden soll, wobei es vor allem auch zu einer Begrenzung der Einkommen der Antragsteller sowie der Größe der Dachböden kommen soll. Insgesamt wurden bisher 360 Dachbodenausbauten mit dieser Aktion gefördert. Die beabsichtigte Einstellung bedeute lediglich einen Stopp der Ansuchen mit Jahresende. Die der-

Forts. von Blatt 2693

Forts. auf Blatt 2695

zeit 26 vorliegenden Ansuchen werden erst im kommenden Jahr verwirklicht. Zu diesem Zeitpunkt wird es bereits Überlegungen für eine Neugestaltung des Dachbodenausbaus geben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kauf von Grundstücken in Simmering

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Kauf von Grundstücken in Kaiserebersdorf zum Zwecke der Errichtung von Wohnraum.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) schlug vor, diese Flächen für Erholungszwecke, für Kleingärten oder für eine Gartensiedlung, nicht jedoch für eine Wohnbebauung zu nützen. Jetzt, wo die ersten Schübe der Stadterneuerung erkennbar seien, sollte kein Wohnbau großen Stils als Stadterweiterungsmaßnahme mehr errichtet werden.

GR. HAAS (SPÖ) stellte fest, daß bereits jetzt in der Umgebung dieser Flächen größere Wohnhausanlagen und auch Gärtnereien bestehen und diese Grundstücke eine „große Baulücke“ darstellten, die eine sinnvolle Bebauung möglich machen. In diesem Zusammenhang sei auch eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen anzustreben. Beides werde von der Simmeringer Bevölkerung gewünscht und begrüßt.

GR. SEVCIK (SPÖ) unterstrich, daß sich im Fall des Leberbergs wirklich gute Möglichkeiten für eine Wohnbebauung bieten und empfahl die Annahme des Antrags.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.20 Uhr. Morgen, Samstag, finden ab 9 Uhr weitere Sitzungen des Landtags und Gemeinderates statt.
(Schluß) red

Forts. von Blatt 2694